

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 01/0326/WP18
Federführende Dienststelle: FB 01 - Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 06.01.2023
		Verfasser/in:
Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.09.2022		
Ziele:		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.01.2023	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 14.09.2022 (öffentlicher Teil).

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin

Anlage/n:

Niederschrift Hauptausschuss 14.09.2022 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Hauptausschusses

6. Januar 2023

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:42 Uhr
Ort, Raum: Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Oberbürgermeisterin Sibylle Keupen

Ratsherr Harald Baal

Vertretung für: Bürgermeister Holger
Brantin

Ratsherr Jörg Bogoczek

Ratsfrau Franca Braun

ab 17:15 Uhr

Ratsherr Dr. Sebastian Breuer

Ratsfrau Julia Brinner

anwesend bei TOPs Ö1, Ö2, Ö3, Ö4,
Ö5 und Ö12

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Mathias Dopatka

Ratsfrau Elke Eschweiler

Ratsfrau Annika Fohn

Vertretung für: Ratsfrau Gaby Breuer

Ratsfrau Ulla Griepentrog

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsherr Boris Linden

Vertretung für: Ratsherr Michael
Servos

Ratsfrau Iris Lürken

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsfrau Daniela Parting

Ratsfrau Monika Annette Wenzel

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Sigrid Moselage

Ratsherr Wolfgang Palm

Abwesende:

Bürgermeister Holger Brantin

entschuldigt

Ratsfrau Gaby Breuer

entschuldigt

Ratsherr Markus Mohr

unentschuldigt

Ratsherr Michael Servos

entschuldigt

von der Verwaltung:

Stadtdirektorin Grehling

Dezernat II

Beigeordnete Schwier

Dezernat IV

Beigeordneter Dr. Kremer

Dezernat V

Beigeordneter Prof. Dr. Sicking

Dezernat VI

Frau Aumann

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Herr Beckers

Fachbereich Kommunikation und Stadtmarketing

Frau Dr. Bollwerk

Fachbereich Recht und Versicherungen

Frau Duikers

Fachbereich Bürger*innendialog und

Verwaltungsleitung

HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 2/21

Herr Hennes	Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Herr Kind	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Mahr	Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
Herr Schoel	Fachbereich Finanzsteuerung
Frau Strehle	Fachbereich Stadtentwicklung, -planung und Mobilitätsinfrastruktur
Herr Auler	CDU-Fraktionsgeschäftsstelle
Frau Opitz	FDP-Fraktionsgeschäftsstelle

Als Gäste:

Herr Polizeipräsident Weinspach	Polizei Aachen
Herr Plaum	Polizei Aachen

als Schriftführer:

Herr Berg	Fachbereich Bürger*innendialog und Verwaltungsleitung
-----------	--

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil)**
Vorlage: FB 01/0271/WP18

- 3 **Stadtbäume besser schützen und in ihrer Vitalität erhalten**
 Ratsantrag der Fraktion GRÜNE Nr. 143/18
 Anträge zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
 am 14.6.2022 sowie zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 14.9.2022
 Vorlage: FB 36/0169/WP18
- 4 **Sachstandsbericht der Verwaltung zu geplanten Gegenmaßnahmen zur Gasknappheit -**
 Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung AT 140A/22
 Vorlage: ez. VII/0002/WP18
- 5 **2. Sachstandsbericht Innenstadtentwicklung**
 Vorlage: FB 01/0253/WP18
- 6 **Ermöglichungskultur Innenstadt**
 hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2022
 Vorlage: FB 01/0279/WP18
- 7 **Ehrenamtsstipendien StädteRegion Aachen**
 Vorlage: FB 01/0277/WP18
- 8 **Umlegungsausschuss**
 Wiederwahl von Mitgliedern
 Vorlage: FB 62/0017/WP18
- 9 **Mitteilungen der Verwaltung**

- 10 **Stellungnahme der Verwaltung zum Ratsantrag Nr. 245/18 "Gesellschaftszwecke städtischer Gesellschaften"**
Vorlage: FB 20/0124/WP18

- 11 **Verwaltungsinterne Grundsätze zum Umgang mit Gastronominnen und Gastronomen hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2022**

- 12 **Polizeiliches Sicherheitskonzept am Kaiserplatz**

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der nichtöffentlichen Sitzung:**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2022 (nichtöffentlicher Teil):**
Vorlage: FB 01/0272/WP18

- 3 **Mitteilungen der Verwaltung:**

- 4 **Flugplatz Aachen Merzbrück GmbH: Neuausrichtung der Gesellschaft zur Forschungsflugplatz Aachen-Merzbrück GmbH**
Vorlage: Dez II/0014/WP18

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Frau Oberbürgermeisterin Keupen eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Sie weist darauf hin, dass Frau Beigeordnete Burgdorff heute nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Sie schlägt vor, dass der TOP 12 (Polizeiliches Sicherheitskonzept am Kaiserplatz) vorgezogen beraten wird, und zwar hinter TOP 6.

Ferner schlägt sie vor, dass der TOP 11 (Umgang mit Gastronominnen und Gastronomen) ebenfalls vorgezogen beraten wird, und zwar nach dem TOP Polizeiliches Sicherheitskonzept.

Ratsherr Linden, SPD, beantragt, dass TOP 5 (Sachstandsbericht Innenstadtentwicklung) und 6 (Ermöglichungskultur Innenstadt) zusammen beraten werden sollen.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, beantragt, den TOP 10 (Stellungnahme der Verwaltung zum Ratsantrag „Gesellschaftszwecke städtischer Gesellschaften“) zu vertagen.

Diese Änderungen werden alle einstimmig so beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil)

Vorlage: FB 01/0271/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss der Stadt genehmigt bei einer Enthaltung einstimmig die Niederschrift über die Sitzung des Hauptausschusses vom 08.06.2022 (öffentlicher Teil).

zu 3 Stadtbäume besser schützen und in ihrer Vitalität erhalten

Ratsantrag der Fraktion GRÜNE Nr. 143/18

Anträge zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 14.6.2022 sowie zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 14.9.2022

Vorlage: FB 36/0169/WP18

Ratsfrau Brinner, GRÜNE, betont, dass dieser Antrag in vielfältiger Weise wichtig für die ganze Stadt sei. Baumscheiben hätten eine wichtige Funktion. Sie sollten nicht beparkt werden. Ein Freihalten der Baumscheiben sei günstiger als Nachpflanzungen durchführen zu müssen. Einzelanträge sollten in den Bezirksvertretungen beschlossen werden.

Ratsfrau Lürken, CDU, äußert, dass blinder Aktionismus nichts bewirke. Durch ein Wegnehmen von Parkplätzen alleine sei noch nichts erreicht. In der Vorlage sei dies etwas vereinfacht dargestellt. Ein Quartiersparken sei nicht an jeder Stelle der Stadt möglich. In den jeweiligen Bezirksvertretungen müsse man schauen, welche Bereiche dafür geeignet seien und wo Bäume gepflanzt werden können, die klimaresilienter sind. Bei diesen Entscheidungen müsse die angekündigte Prioritätenliste beachtet werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis. Er beauftragt die Verwaltung einstimmig, in öffentlichen Verkehrsflächen das Parken von Kraftfahrzeugen auf unbefestigten Baumstandorten bzw. Pflanzflächen im Grundsatz zu unterbinden. Die konkreten Maßnahmen in einzelnen Straßen sind den jeweils zuständigen Fachausschüssen und Bezirksvertretungen individuell zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Ratsantrag Nr. 143/18 'Stadtbäume besser schützen und in ihrer Vitalität erhalten', der Antrag zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 14.6.2022 sowie der Antrag zur Tagesordnung der Sitzung des Hauptausschusses am 14.9.2022 gelten als behandelt.

**zu 4 Sachstandsbericht der Verwaltung zu geplanten Gegenmaßnahmen zur Gasknappheit -
Antrag der SPD-Fraktion zur Tagesordnung AT 140A/22
Vorlage: ez. VII/0002/WP18**

Ratsherr Linden, SPD, dankt der Verwaltung für diesen Bericht und weist darauf hin, dass der Ratsantrag seiner Fraktion mit dem Titel „Maßnahmenpaket gegen Energiearmut“ damit noch nicht beantwortet sei. Hierauf warte man noch gespannt.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen teilt mit, dass heute ein Runder Tisch mit den Sozialverbänden zur Energiekrise stattgefunden habe. Zudem hat sich die Verwaltung am 08.09.2022 mit den Wirtschaftsverbänden ausgetauscht. Man stehe hierzu in intensivem Kontakt. Insbesondere sei nun aber auch der Bund und das Land gefordert, da es sich um eine bundesweite Krise handelt. Hier gibt es bereits die Ankündigung von Maßnahmenpaketen, über die man kontinuierlich informiert.

Frau Stadtdirektorin Grehling kündigt an, dass man den Antrag zum Maßnahmenpaket gegen Energiearmut im Finanzausschuss behandeln werde. Sie könne aber noch nicht sagen, wann dies abschließend möglich sein werde.

Details zu den aktuell in den Zeitungen veröffentlichten Berichten über neue Möglichkeiten für Kommunen zur haushaltsmäßigen Isolierung von durch die Energiekrise bedingten Mehrausgaben stünden derzeit noch nicht fest. In jedem Falle bedürfe eine solche Maßnahme aber einer stringenten Begründung.

Ratsfrau Brinner, GRÜNE, betont, dass es wichtig sei, dass die Stadt als Vorbild vorgehe und zeige, dass es möglich sei, 20 % der Energie einzusparen. Es sei gut, dass die Verwaltung zu diesem Thema zwei Runde Tische einberufen habe und viele Akteure hierzu mitarbeiten. Es sei aber auch klar, dass der kommende Winter der letzte Winter sei, in dem eine solche Überbrückung möglich wäre. Alle Maßnahmen müssten jetzt Hand in Hand mit den Klimaschutz-Aktivitäten abgestimmt werden und insbesondere müssten fossile Energien durch erneuerbare Energien ersetzt werden.

Ratsherr Bogoczek, DIE Zukunft, regt an, dass energetische Maßnahmen, die für die Zukunft angedacht waren, nun vorgezogen werden sollten.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, äußert, das man schon in den kommenden Wochen durch entsprechende Maßnahmen konkret den bedürftigen Menschen helfen müsse. Ansonsten könnten die Folgen verpasster Hilfen sich zu einem sozialen Sprengstoff für die Stadt entwickeln.

Ratsfrau Lürken, CDU, gibt zu bedenken, dass man derzeit gar nicht über so viele Handwerker und auch Geräte verfügen könne, um alle energetischen Maßnahmen vorzuziehen. Die Zeit bis dahin müsse mit kreativen Ideen überbrückt werden. Man müsse tatsächlich auch auf die Auswirkungen für die Menschen schauen und dabei insbesondere an Rentner und Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen, aber auch an Vereine und Kulturschaffende denken. Denen müsse gezielt geholfen werden.

Herr Beigeordneter Thomas weist darauf hin, dass am 29. September ein Energiespartag gemeinsam mit verschiedenen Institutionen veranstaltet werde, bei dem auch Beratungen angeboten würden.

Ratsherr Baal, CDU, betont, dass man auch ehrlich eingestehen müsse, dass man nicht alle ca. 170.000 Haushalte in Aachen dazu beraten könne und dass es nicht möglich sein werde, aus städtischen Mitteln Zuschüsse für Stromrechnungen zu leisten, weil die Zahl der Bedürftigen zu hoch sei. Eine zusätzliche Belastung werde auf alle zukommen und man stehe da vor einer Herkulesaufgabe.

Ratsherr Dr. Breuer, GRÜNE, antwortet, dass man natürlich nicht alle Belastungen auffangen könne. Dennoch sei es wichtig, sich Gedanken zu machen, wie man helfen könne. Auch Beratungsangebote seien dafür wichtig. Die Politik müsse dazu das beitragen, was sie leisten könne.

Ratsfrau Eschweiler, CDU, betont, dass man in der Pandemiesituation bereits gezeigt habe, dass man zusammenstehen könne. Dies sei auch im Bereich der Energiekrise über parteipolitische Grenzen hinaus möglich und daher sei es entbehrlich, daran zu erinnern.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Tagesordnungspunktantrag der SPD "Sachstandsbericht der Verwaltung zu geplanten Gegenmaßnahmen zur Gasknappheit" und zum Ratsantrag 249/18 „Wärmeversorgung Winter 2022: Präventive Vorbereitung“ (Die Zukunft) zur Kenntnis.

zu 5 2. Sachstandsbericht Innenstadtentwicklung

Vorlage: FB 01/0253/WP18

Frau Duikers referiert anhand einer Präsentation, die der Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsherr Baal, CDU, dankt für den umfassenden Bericht und begrüßt, dass dieses Thema jetzt einen Platz in der Mitte der Verwaltung gefunden habe. Er bedauert, dass als Beschlussvorschlag hierzu nur eine Kenntnisnahme vorgesehen sei. Es sei aber wichtig, dass der Hauptausschuss dazu auch inhaltliche Beschlüsse fasse. Daher passe es auch, dass dieser TOP nun zusammen mit TOP 6 beraten werde.

Er plädiert dafür, dass im Bereich der Außengastronomie die Dinge, die heute genehmigt seien, bis zum Erlass einer neuen Satzung bestehen bleiben sollten. Für eine neue Regelung benötige man einen gesellschaftlichen Konsens und eine hohe Zustimmung. Er plädiert dafür, beim nächsten Bericht zu dieser Thematik auch die Anforderungen an die Mobilität mit aufzunehmen. In der eigentlichen Innenstadt bestehe derzeit fast kein Angebot des ÖPNV mehr. Für gehbehinderte Menschen sei dies ein Problem.

Punkte, die Probleme darstellen, seien das Areal Bushof, wo sich niemand gerne aufhalte, aber auch Bettler, die morgens in die Stadt hineinfahren und abends die Stadt wieder verlassen. Ferner der Bereich rund um St. Peter, das Gelände am Hauptbahnhof, der Marienplatz und die Treppenanlage am Aachen-Münchener-Gebäude. Dort bestünde Nachholbedarf. Er habe auch den Eindruck, dass Teile der Verwaltung die politischen Beschlüsse nicht ernst nehmen. Die Verwaltung habe z.B. bei der Hütte 16 nun über die Presse angekündigt, keine neue Genehmigung zu erteilen. Dies sei in der Außenwirkung katastrophal. In der Wahrnehmung vieler sei ein Strickmuster erkennbar. Viele Punkte, die un bequem seien, würden ohne politische Beschlussfassung entschieden. Dabei hätte man zwei Jahre Zeit gehabt, den Standort der „Hütte 16“ im Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss zu bringen.

Gegen Ende des Redebeitrages von Rats Herrn Baal unterbricht Frau Oberbürgermeisterin Keupen seinen Redebeitrag und weist darauf hin, dass das Thema Hütte 16 nicht Bestandteil des aktuellen Tagesordnungspunktes sei. Rats Herr Baal fragt nach, ob es sich bei dem Einwurf der Oberbürgermeisterin um einen Ordnungsruf handeln würde. Frau Oberbürgermeisterin Keupen verneint dies. Rats Herr Baal setzt daraufhin seinen Redebeitrag fort und betont, es handle sich um einen freundlichen Hinweis.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen führt aus, dass bei der Thematik der Hütte 16 auch vergaberechtliche Themen zu beachten sind.

Ratsherr Linden, SPD, äußert, dass der Sachstandsbericht zeige, dass dynamisch an der Innenstadtentwicklung gearbeitet werde. Dafür wolle er sich bedanken. Es sei wichtig, dabei auch auf die Akteure in der Innenstadt zu bauen. Seine Fraktion habe den Tagesordnungsantrag zur Ermöglichungskultur gestellt, weil dieser Begriff in verschiedenen Präsentationen der Verwaltung aufgefallen sei und man den Eindruck gehabt habe, dass dabei zuletzt Anspruch und Wirklichkeit auseinandergefallen seien. Eine Haltung der Ermöglichungskultur müsse auch in der Verwaltung gelebt werden. Man habe daher auch für heute zusammen mit der GRÜNE-Fraktion einen geänderten Beschlussvorschlag vorgelegt, mit dem das Ganze ins Positive gedreht werden könne. Im Dialog zwischen Politik und Wirtschaft sei deutlich geworden, dass man in diesem Herbst etwas tun müsse. Im Rat habe man vor einiger Zeit schon Unterstützungspakete beschlossen, die jetzt alle ausgelaufen sind. Das Herbstpaket, das heute geschnürt werden soll, könne einen spürbaren Impuls an die Akteure der Innenstadt richten.

Bis zur Erarbeitung einer neuen Satzung plädiere er genau wie Herr Baal für einen Bestandsschutz.

Man empfehle dem Rat, für die vorgesehenen Unterstützungsmaßnahmen spürbar Geld in die Hand zu nehmen.

Zur „Hütte 16“ habe man heute Grundlagen für einen Kompromiss setzen können. Zuständig sei aber der Wohnungs- und Liegenschaftsausschuss. Dort werde entschieden. Der Wille für einen Kompromiss sei aber vorhanden.

Ratsherr Helg, FDP, führt aus, dass er einen Punkt aus der Präsentation aufgreifen wolle, und zwar die Großkölstraße. Er dankt sehr für die gute Arbeit der dort tätigen Taskforce. Es gebe aber noch andere Problemorte, die dringend betrachtet werden müssten. Daher begrüßt er ebenfalls, dass weitere Bereiche gefasst werden. Es sei gut, dass in der Kürze der Zeit jetzt der Beschlussvorschlag von GRÜNE und SPD vorgelegt worden sei.

Ratsfrau Lürken, CDU, betont, dass alle Maßnahmen auf Anträge zurück gehen, die bereits länger bekannt sind. Zum Thema Ermöglichungskultur äußert sie, dass sie die Bewertung des Gleichheitsgrundsatzes und der daraus abzuleitenden Konsequenzen betroffen gemacht habe. Es müsse keineswegs alles gleichbehandelt werden. Ihre Fraktion wünsche sich Rechtssicherheit und einen Rahmen für die Menschen dieser Stadt.

Ratsfrau Lürken kritisiert die Sitzungsleitung durch Frau Oberbürgermeisterin Keupen und weist die Oberbürgermeisterin auf eine mögliche Justiziabilität ihres Verhaltens hin. Frau Oberbürgermeisterin Keupen hätte Ratsherrn Baal in seinem Redebeitrag unterbrochen und somit sein Rederecht als

HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 11/21

organschaftliches Unrecht eines Mitglieds einer Volksvertretung verletzt. Dieses Verhalten sei nicht mit den verfassungsmäßigen Grundsätzen oder der Geschäftsordnung des Rates in Einklang zu bringen. Sie weist darauf hin, dass Frau Oberbürgermeisterin Keupen der Inhalt des Beitrags vielleicht nicht gefallen möge, es läge aber nicht in ihrem Ermessen, diesen zu bewerten und erst recht nicht, einem demokratisch gewählten Mitglied des Rates in seinen Rederechten zu beschneiden. Sie äußert die Erwartung, dass dieses Verhalten sich nie mehr wiederholen würde.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, äußert, dass durch die Taskforce Innenstadt Morgen einiges erreicht und verbessert worden sei. Es gebe aber auch nicht so schöne Stellen, wie der Bushof oder der Kaiserplatz. In der Vorlage werde darauf auch Bezug genommen.

Ratsherr Dr. Breuer, GRÜNE, antwortet auf Ratsfrau Lürken, dass es richtig sei, dass nicht alles gleichbehandelt werden müsse. Dies gelte aber auch für Ausnahmegenehmigungen an einzelne Bürger. Zur Innenstadtentwicklung gebe es sicherlich viel Vorarbeit der CDU und es sei daher gut, dass diese Ideen jetzt mit aufgegriffen werden. Der nun angestoßene Prozess sei auch eine gute Steuerungsunterstützung für die Politik. Die Verwaltung müsse die Prozesse in der Innenstadt bündeln und voranbringen. „Ermöglichungskultur“ sei ein schwieriger Begriff. Man könne dabei nicht einfach 13 gerade sein lassen. Die Verwaltung müsse rechtssicher handeln. Sicher gebe es auch Spielräume, die genutzt werden könnten. Aber es gebe einen Rechtsrahmen, der dabei beachtet werden müsse.

Ratsfrau Eschweiler, CDU, betont, dass man allen Menschen dieser Stadt verpflichtet sei. Man stehe vor einem krisengeschüttelten Winter, der allen viel abverlangen werde. Es gebe viele Personen in der Stadt, die sich Projekte überlegen, im Wege der Selbsthilfe. Daher müsse man auch noch kreativer werden als sonst und sollte nicht Dinge in Frage stellen, die funktionieren.

Zum zweiten Spiegelstrich des vorgelegten geänderten Beschlusssentwurfes sollte ergänzt werden: „und bereits bestehende Genehmigungen Bestandsschutz haben sollen, bis zu einer neuen Regelung.“ Hierdurch bekämen alle in der Stadt eine gewisse Planungssicherheit.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, äußert, dass er diesen Punkt erst in seiner Fraktion besprechen möchte und daher heute nicht zustimmen könne.

Frau Stadtdirektorin Grehling weist darauf hin, dass im zweiten Spiegelstrich des Beschlussvorschlages über Dinge gesprochen werde, zu denen in der Regel über FB 61 bzw. FB 32 eine Erlaubnis erteilt werden müsse.

HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 12/21

Ratsherr Baal, CDU, weist darauf hin, dass die geänderte Beschlussempfehlung auch eine Empfehlung an verschiedene Ausschüsse sei, andere Beschlüsse zu fassen. Die Verwaltung müsse dies inhaltlich vorbereiten und in die Gremien einbringen bzw. in den Haushalt einplanen.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, äußert, dass er heute als Einzelvertreter nicht ohne Rückabstimmung mit seiner Fraktion zustimmen könne.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

zu 6 Ermöglichungskultur Innenstadt

hier: Tagesordnungsantrag der SPD-Fraktion vom 24.08.2022

Vorlage: FB 01/0279/WP18

Dieser TOP wurde zusammen mit TOP 5 beraten. Daher siehe hierzu auch die Ausführungen unter TOP 5.

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei einer Gegenstimme mehrheitlich zustimmend zur Kenntnis und beschließt im Rahmen des Zukunftsprozesses Innenstadt,

- dass Politik und Verwaltung die „Ermöglichungskultur“ als Handlungsleitlinie der Stadt bekräftigen. Im Rahmen rechtssicherer Prüfungs- und Entscheidungswege gilt, Verhältnismäßigkeit zu wahren und Ermessensspielräume zu nutzen.
- den Beteiligungsprozess zur Aktualisierung der „Leitlinie Außengastronomie“ baldmöglichst zu beginnen und - mit dem Ziel bestehende Defizite zu beheben - auf die Bedarfe der Gastronom*innen und ihrer Kund*innen auszurichten. Es wird betont, dass bis zum In-Krafttreten der neuen Leitlinie in Einzelfällen Vereinbarungen über befristete Sondererlaubnisse im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten getroffen werden können und bereits bestehende Genehmigungen Bestandsschutz haben sollen, bis zu einer neuen Regelung.

HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 13/21

- nach einem guten Sommer ein unterstützendes Herbstpaket zum Innenstadtprozess zu schnüren, das unter dem Arbeitstitel „Innenstadt Abend“ ein Bündel von Aktivitäten über die Einrichtung eines „Fonds zur Unterstützung von Kleinmaßnahmen“ ermöglicht und bittet die Verwaltung entsprechende Mittel im Haushalt vorzusehen.
- dem Rat zu empfehlen, die Außengastronomie-Gebühren im Rahmen der Corona-Bilanzierung (NKF-COVID-19-Isolierungsgesetz) auch in der zweiten Jahreshälfte 2022 zu erlassen, um auf den Einbruch der Buchungen für den Herbst und das Abflauen der Besucher*innenfrequenz angesichts der Unwägbarkeiten im Kontext der Corona-Entwicklung angemessen zu reagieren.
- die erfolgreiche Einrichtung des „Fonds zur Belebung des lokalen Einzelhandels, der Gastronomie und des Handwerks“ als Unterstützungsmaßnahme der Corona bedingten Belastungen fortzusetzen und bittet die Verwaltung entsprechende Mittel im Haushalt vorzusehen.
- den Ausbau tragfähiger Strukturen, Maßnahmen und Projekte zur Stärkung der Ermöglichungskultur voranzutreiben, insbesondere durch die Einrichtung eines zentralen Veranstaltungsmanagements (inkl. Clearingstelle). Die Verwaltung möge prüfen, welche befristeten Maßnahmen der Ermöglichungskultur – wie z.B. im Bereich der Straßenmusik – entfristet werden sollten und die politische Beschlussfassung vorbereiten.

zu 7 Ehrenamtsstipendien StädteRegion Aachen

Vorlage: FB 01/0277/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss begrüßt die Etablierung eines Ehrenamtsstipendiums für den Bereich der Stadt Aachen und empfiehlt einstimmig dem Rat der Stadt, die Beteiligung der Stadt Aachen an dem vorgestellten städteregionsweiten Projekt zu beschließen, vorbehaltlich einer entsprechenden städteregionalen Beschlussfassung.

zu 8 Umlegungsausschuss
Wiederwahl von Mitgliedern
Vorlage: FB 62/0017/WP18

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt einstimmig dem Rat, Herrn Hans-Peter Hermanns als stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses und Herrn Dipl.-Ing. Johann Häßler als Vermessungssachverständigen wiederzuwählen.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung für den öffentlichen Sitzungsteil liegen nicht vor.

zu 10 Stellungnahme der Verwaltung zum Ratsantrag Nr. 245/18 "Gesellschaftszwecke städtischer Gesellschaften"
Vorlage: FB 20/0124/WP18

Die Beratung dieses Tagesordnungspunktes wurde zu Beginn der Sitzung einstimmig vertagt.

zu 11 Verwaltungsinterne Grundsätze zum Umgang mit Gastronominnen und Gastronomen
hier: Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 31.08.2022

Frau Strehle erläutert die wesentlichen Grundsätze. Rechtsgrundlage für diesbezügliche Entscheidungen sei die Sondernutzungssatzung und insbesondere deren § 8 zur Außengastronomie.

Diese Satzung lasse schon sehr viel zu. Natürlich sei der Fachbereich 61 kein Fachbereich, der immer fehlerfrei entscheide. Ermessensentscheidungen würden vielleicht manchmal auch nicht richtig getroffen.

Die vergangenen 2,5 Jahre seien aber Pandemie-bedingt für alle eine besondere Situation gewesen. Die
HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 15/21

politischen Entscheidungen, kurzfristig mehr Raum zur Verfügung zu stellen, seien in den zuständigen Gremien getroffen worden. Dies gelte auch für Windschutz und Heizstrahler.

Im Jahr 2003 sei ein Außengastronomiekonzept erarbeitet und dann auch im Rat beschlossen und auch veröffentlicht worden. Nun werde ein neuer Prozess angestoßen, weil sich die Anforderungen an die Nutzungen des öffentlichen Raumes und auch die Konzepte der Gastronomie verändern. Man strebe einen Prozess an, der die verschiedenen Akteure mit ihren jeweiligen Nutzungsbedarfen beteilige.

Ratsfrau Lürken, CDU, dankt für die Ehrlichkeit der Darstellung. Es gehe um eine Problemlösung. Wichtig sei, dass der Prozess zur Erarbeitung einer neuen Satzung gemeinsam angegangen werde.

Ratsfrau Lürken hinterfragt, in wie fern die Sondernutzungssatzung zum Tragen komme, wenn es sich um die Vermietung einer privaten städtischen Fläche handle.

Ratsfrau Lürken verweist zudem auf den Gleichheitsgrundsatz nach Art. 3 Grundgesetz, wonach wesentlich Gleiches gleich und wesentlich Ungleiches ungleich zu behandeln sei. Eine Ungleichbehandlung bedarf dabei eines sachlichen Grundes, der auch voll gerichtlich überprüfbar sei.

Ratsherr Helg, FDP, dankt für die Erläuterungen der Fachverwaltung und auch dafür, dass Fehler eingeräumt wurden. Solche Fehler dürften sich aber nicht häufen. Er hoffe, dass das Signal der Ermöglichungskultur dazu führe, dass bei der Verwaltung in Zukunft nicht mehr aus der Hüfte geschossen werde.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, betont, dass der Gleichheitsgrundsatz auch bedeute, dass kein Bewerber vor einem anderen bevorzugt werde. Man müsse sich auch einmal fragen, ob man in dieser Stadt zu dieser Zeit kein anderes Problem als die Hütte 16 habe.

Ratsherr Dr. Breuer, GRÜNE, begrüßt, dass sich bei der Erarbeitung einer neuen Richtlinie jeder einbringen könne.

Ratsfrau Eschweiler, CDU, äußert, dass für 2021 nach der Beratung im zuständigen Ausschuss eine Genehmigung für die Hütte 16 erteilt worden sei. Für 2022 sei diese, ohne die Politik zu beteiligen, versagt worden. Im Übrigen sei ein Standort am Münsterplatz auch aus Aspekten der Barrierefreiheit ungünstig. Vor einer Klage sollte doch nochmals ein Gespräch gesucht werden.

Nach dem Redebeitrag von Ratsfrau Eschweiler fasst Frau Oberbürgermeisterin Keupen zusammen und äußert, dass bei einer gemeinsamen Lösung auch Herr Esser nicht mehr benötigt würde. Der Verwaltungsvorstand würde sich mit der Presseberichterstattung regelmäßig jeden Dienstag beschäftigen.

Ratsherr Baal, CDU, erwidert darauf hin, dass er zum einen hoffe, dass der Verwaltungsvorstand besseres zu tun hätte, als Zeitung zu lesen und er zum anderen Herrn Esser und die Berichterstattung des Aachener Zeitungsverlages sehr schätzen würde. Die Pressefreiheit sei ein hohes Gut, dass es unter allen Umständen zu schützen bedürfe und er hoffe, Frau Oberbürgermeisterin Keupen dahingehend falsch verstanden zu haben.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen erwidert darauf, dass Ratsherr Baal mit seiner Aussage recht habe und es sich um einen humorigen Kommentar ihrerseits gehandelt habe.

Ratsfrau Griepentrog, GRÜNE, weist darauf hin, dass die Sondernutzungssatzung einen allgemein verträglichen Rahmen bilden müsse, der für alle gelten müsse.

zu 12 Polizeiliches Sicherheitskonzept am Kaiserplatz

Frau Oberbürgermeisterin Keupen begrüßt Herrn Polizeipräsidenten Weinspach. Sie betont, dass das Thema Sicherheit, Ordnung und Soziales im Moment von zentraler Relevanz in Aachen ist. Sie freut sich, dass nun zeitnah die Suchthilfe an den Kaiserplatz zurückkehrt und es nun auch Fortschritte bzgl. der gemeinsamen Wache von Polizei und Fachbereich Sicherheit und Ordnung am Bushof gebe. Zudem konnte ein Projekt für Straßenprostituierte auf den Weg gebracht werden. Wichtig ist immer, dass Prävention und Intervention gemeinsam gedacht werden.

Herr Polizeipräsident Weinspach berichtet, dass seit Mitte des Jahres der Bericht der Arbeitsgemeinschaft Videobeobachtung vorliege. Wenn die Polizei nun aufgrund dieser Ergebnisse in die konkrete Umsetzung gehe, sei es gut, sich hierüber heute im Hauptausschuss auszutauschen. Es gebe ergänzende Überlegungen zur mobilen Videobeobachtung. Das zuständige Landesamt habe signalisiert, dass ab Mitte Oktober gegebenenfalls zwei solcher Geräte für Aachen zur Verfügung stehen könnten. Anschließend trägt Herr Plaum die Einzelheiten anhand einer Präsentation vor, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

HA/13/WP18

Ausdruck vom: 06.01.2023

Seite: 17/21

Ratsherr Dopatka, SPD, äußert, dass er sich zu dieser Thematik mehr Dialog gewünscht hätte.

Ratsfrau Griepentrog, GRÜNE, betont, dass Videobeobachtung alleine nicht helfen könne. Streetwork und Sozialarbeit gehörten unbedingt dazu. Man solle diese Thematik auch im Ausschuss für Soziales und im Polizeibeirat beraten.

Ratsfrau Lürken, CDU, führt aus, dass der Polizeipräsident heute den Ausschuss informiere, sich aber keine Erlaubnis dazu abholen müsse. Sie finde Videoüberwachung an Kriminalitätsschwerpunkten gut und richtig. Es gehe darum, Straftaten zu verhindern.

Ratsherr Deumens, DIE LINKE, betont, dass seine Fraktion einer Videoüberwachung kritisch gegenüberstehe. Wichtig sei, ein Gesamtkonzept zu erstellen.

Ratsherr Herr Helg, FDP, äußert, dass die FDP eine Videoüberwachung immer kritisch sehe, zumindest am Elisenbrunnen. Zum Bereich Bushof habe die FDP aber ihre Meinung dazu geändert. Die Videoüberwachung am Kaiserplatz führe zu Verdrängungseffekten, die man nicht wolle. Er bittet darum, nach ein bzw. zwei Jahren den Erfolg der Maßnahmen zu evaluieren und dann erneut im Hauptausschuss zu berichten.

Herr Polizeipräsident Weinspach betont, dass keine Videoüberwachung stattfinden werde, sondern eine gezielte Videobeobachtung, die eben gerade keine flächendeckende Überwachung sei. Die Videobeobachtung sei das verlängerte Auge der Polizeibeamten vor Ort.

Wenn es alleine nach den rechtlichen Voraussetzungen gehe, gebe es im Bereich der Stadt Aachen 7 Bereiche, wo sich Videobeobachtung rechtfertigen ließe. Die Polizei gehe aber maßvoll vor. Rechtlich sei das aber die ureigenste Verantwortung und Entscheidung der Polizei. Man arbeite auch an einem Gesamtkonzept. Dazu gebe es einen regen Austausch. Die Einzelheiten würden auch im Präventiven Rat vorgestellt werden. Die mobilen Geräte würden im Übrigen für die ganze Städteregion zur Verfügung stehen und man könne damit auch flexibel auf Kriminalitätsschwerpunkte reagieren.

Ratsherr Baal, CDU, führt aus, dass es vorbildlich sei, dass die Polizei schon mehrfach im Hauptausschuss bzw. Rat berichtet habe. Diese Informationen seien immer sehr hilfreich gewesen.

Ratsherr Dr. Breuer, GRÜNE, dankt für die Information. Das Ausmaß der Problematik sei überraschend. Er betont nochmals, dass auch dringend mehr Streetworker benötigt würden. Polizeiliche Maßnahmen alleine würden das Problem nicht lösen.

Frau Oberbürgermeisterin Keupen dankt für die engagierte Diskussion.